

Kirche um so mehr in Erinnerung rufen, je leichtfertiger und zahlreicher die Gläubigen sich darüber hinwegsetzen, wie der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe ausdrücklich sagt.

Mit dieser pflichtgemäßen Verkündigung will die Kirche ihre in Schuld geratenen Gläubigen durchaus nicht für immer von sich stoßen. Im Gegenteil, sie sind der besonderen Sorge ihrer zuständigen Pfarrer anvertraut (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 264) und dürfen am katholischen Gottesdienst teilnehmen. Seelsorglich werden sie also nicht heimatlos und bedürfen deshalb auch keines anderen geistlichen Beistandes. Eines allerdings kann die katholische Seelsorge nicht tun, nämlich die schuldig gewordenen Katholiken in ihrer Schuld bestätigen. Ihr Ziel kann nur sein, sie mit der Zeit und der gebotenen Rücksicht auf die Angehörigen zur vollen kirchlichen Gemeinschaft zurückzuführen.

Folgerungen für die Seelsorge

Wenn die Tatsache, daß die katholischen Bischöfe in dieser Sache das getan und geschrieben haben, was sie für ihre Pflicht halten und angesichts der katholischen Glaubensüberzeugung halten müssen, die interkonfessionellen Spannungen verschärfen sollte, muß die Kirche das tragen. An ihrer Haltung kann kein Glaubensgespräch etwas ändern. Sicher werden viele Christen auf beiden Seiten die kirchlichen Warnungen in den Wind schlagen. Auch das muß getragen werden; die Kirche muß eher Verluste hinnehmen, als daß sie eine Wahrheit verschweigt. Eine

Maßnahme aber ist beiden Seiten geboten und heilsam, nämlich die ausreichende Belehrung der Gläubigen im heiratsfähigen Alter über die tiefen Lehr- und Glaubensunterschiede, damit sie selbst darüber urteilen können, in welche Gefahr sie sich begeben. Denn die Jugend folgt nicht gern, wenn sie sich nicht selber überzeugen kann.

Hier liegt nun in der Tat ein Prüfstein für eine gute Zusammenarbeit der Kirchen: eine Form der Belehrung zu wählen, die gewissenhaft, aber ebenso taktvoll, ohne diffamierende Untertöne und Nebengeräusche, über den wirklichen Glaubensstand der evangelischen und der katholischen Christen unterrichtet. Wenn man dabei einseitig das Gemeinsame betont, dann läuft man allerdings Gefahr, daß die Hörer die Mischehe leichtnehmen, vielleicht treibt man sie geradezu hinein. Die Unterschiede, die ja doch die Wahrheit betreffen, dürfen nicht verharmlost, sie müssen klar in ihrer ganzen Bedeutung für das Leben herausgestellt werden. Auch der lutherische Hirtenbrief gibt ja zu verstehen, daß gerade die Unterschiede im täglichen Leben der Ehe bedeutsam werden. Wer also diese Unterschiede unterschlägt und so tut, als sei unser Glaube im wesentlichen ein gemeinsamer, wer gar die Mischehe als einen Anfang der Wiedervereinigung betrachtet und behandeln möchte, der dient nicht der Wahrheit, sondern einem Irrtum, der für viele von denen, die ihm in ihrer Ehe zum Opfer fallen, verhängnisvoll werden kann und der außerdem das ernsthafte und fruchtbare Glaubensgespräch nicht fördert, sondern eher verhindert.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die Katholiken und das Ende der Vierten Republik

Am Sonntag, dem 1. Juni 1958, setzte die französische Nationalversammlung den General Charles de Gaulle zum Ministerpräsidenten ein und übertrug ihm mit 329 gegen 224 Stimmen zunächst einmal für 6 Monate alle Gesetzgebungs- und Regierungsvollmachten. Am folgenden Tag erhielt die Regierung de Gaulle mit 350 gegen 121 Stimmen den Auftrag, ohne Mitarbeit des Parlaments als solchem, eine neue Verfassung auszuarbeiten, die am 5. Oktober durch ein Referendum angenommen werden soll. Damit hat für Frankreich das Experiment de Gaulle begonnen, dessen Auswirkungen noch nicht überschaubar und dessen Erfolg oder Mißerfolg noch nicht zu beurteilen sind. Im Rückblick auf die Staatskrise, die durch die Machtübernahme de Gaulles vorläufig überwunden scheint, kann jedoch heute schon festgehalten werden: Trotz der formellen „republikanischen Legalität“ des Regierungsübergangs und trotz des peinlichen Einhaltens gewisser Protokollzeremonien und der mathematisch vorgeschriebenen Ermächtigungsmehrheiten ist in Frankreich der Versuch gescheitert, die anstürmende Flut der innen- und außenpolitischen Probleme der modernen Welt durch ein auf Parteien- und Parlamentsherrschaft aufgebautes System der Demokratie zu lösen. Das neue Regime bedeutet praktisch die Herrschaft eines einzigen Mannes, dessen politisches Kapital derzeit sein moralisches Prestige ist und der, nachdem er durch den revolutionären Druck

der Armee an die Macht gekommen ist, die institutionellen Stützen seiner Macht erst noch suchen muß.

De Gaulle ist nur der notwendig gewordene Konkursverwalter der IV. Französischen Republik, die sich als unfähig erwies, die unerläßlichen Voraussetzungen einer leistungsfähigen Demokratie auch nur annähernd zu verwirklichen. Das Volk wurde in ihr nicht in seiner sozialen und politischen Verantwortung angesprochen, da im politischen Raum die erzieherischen und integrierenden Kräfte fehlten. Das System der Auswahl der Machtträger für bestimmte Funktionen auf bestimmte Dauer entartete. Die Volksvertretung, die Nationalversammlung, von der der politischen Gestaltungswille auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens ausgehen sollte, war oft nicht mehr als eine Farce. Einzelne intelligente und lautere Volksvertreter wurden von der Eigengesetzlichkeit des herrschenden parlamentarischen Systems zur politischen Ohnmacht verdammt. Schon der dramatische Film der Ereignisse, die zum Ende der IV. Republik führten, beleuchtet blitzlichtartig die von Anfang an falsche Struktur der französischen Nachkriegsdemokratie. „Unfähig, anständig zu leben, hat die IV. Republik auch nicht in Schönheit sterben können“, qualifizierte Hubert Beuve-Mery, der Herausgeber der Zeitung „Le Monde“, diesen Todeskampf.

Der Ablauf der Ereignisse

Wenn auch noch viele Gründe und Hintergründe des Zusammenbruchs der französischen Nachkriegsdemokratie historisch aufzuklären sind, so lassen sich doch jetzt schon gewisse Ereignisse und Verflechtungen festhalten:

13. Mai 1958: Nach 28tägiger Regierungskrise mit ihren schon rituell gewordenen, dem Volk nicht mehr verständlichen Formen hatte der christlich-demokratische Elsässer Pierre Pflimlin die 24. Nachkriegsregierung gebildet und wollte sich in den Abendstunden die Investitur in der Nationalversammlung holen. Noch zeigten die Schlagzeilen der Presse die üblichen Reserven dieses oder jenes Parlamentsgrüppchens wegen unbedeutender und verspielter Details an, so daß die Amtsbetrauung des wegen seiner Unbestechlichkeit, Tapferkeit und Klarheit von vielen Parlamentariern geradezu gefürchteten katholischen Politikers noch keineswegs sicher war. Von den eigentlichen Problemen Frankreichs drang kaum ein Hauch in die Diskussion der Volksvertreter um die Regierungsbildung.

Seit 1. November 1954 steht die französische Armee in Algerien in einem erbarmungslosen Guerillakrieg, der nach Ansicht des Militärs militärisch nicht gewonnen werden konnte, weil die Regierung in Paris nicht die nötigen Mittel und Soldaten bewilligte (450 000 französische Soldaten gegen etwa 30 000 allerdings schwer zu fassende arabische Guerillakrieger!). Nach der individuellen Ansicht intelligenter französischer Politiker hätte dieser Krieg jedoch nur durch eine „liberale“ politische Lösung beendet werden können — schon wegen der politischen Auswirkungen ihrer Alternativlösung eines totalen Vernichtungsfeldzuges gegen die algerische Befreiungsfront auf die arabisch-asiatischen Völker. Zu einem politisch wirksamen Mehrheitswillen des Parlaments mit realisierbaren Durchführungsmethoden kamen jedoch die Privatmeinungen und Gewissensüberzeugungen einzelner Parlamentarier nicht. Darüber wurde während der langen Regierungskrise nicht einmal offiziell gesprochen. Die Tragik Pflimlins bestand darin, daß er bei einigen Gelegenheiten diese seine Meinung vorsichtig angedeutet hatte. Das war der äußere Anlaß der Ereignisse in Algier, die zur Staatskrise führten.

Die eine Million Franzosen in Algerien, die zwischen 9 Millionen Muslimen unter dem Druck einer dauernden panischen Angst leben, hatten in dem herrschenden verwirrenden und undurchsichtigen politischen Klima eine Fülle von Netzen und Organisationen zur Verteidigung ihrer Interessen aufgezogen, von denen sich jedoch keine mit zukunftssträchtigen Gedanken zur Lösung des algerischen Problems beschäftigte, sondern jede nur das Schlagwort „Algerien bleibt französisch“ als politisches Programm aufwies. Sie alle riefen für den 13. Mai zu einer Großdemonstration auf das Forum von Algier auf, um gegen den Amtsantritt Pflimlins und die Liquidierung „Französisch-Algeriens“ zu protestieren. Die Verwirrung der Geister ist am besten ersichtlich aus dem Einladungsflugblatt der „patriotischen Katholiken“, in dem es u. a. hieß: „Franzosen, ihr wißt, daß jeder von uns ein Soldat Christi und Frankreichs ist. Könnt ihr noch länger die Provokation derjenigen ertragen, die bis in die Kirche hinein Parolen des Verrates predigen unter dem Vorwand des christlichen Zeugnisses? Schreibt noch heute an eure Pfarrer, Bischöfe und jede religiöse Autorität, die sich wirksam dem Skandal des Verrates Frankreichs unter der Maske der Religion widersetzen kann.“

Ein weiteres Zeichen, wie im Untergrund Motive des politischen Katholizismus und Laizismus bei der Auslösung der französischen Staatskrise mitwirkten, ergibt sich aus einer sorgfältigen Analyse der zugänglichen Berichte: Der

amtierende Algerienminister Lacoste, militanter antiklerikaler Sozialist, ließ der Manifestation gegen Pflimlin freien Lauf und versuchte sie für eine sozialistische Regierungsbildung in Paris zu kanalisieren, da ein katholischer Elsässer nicht zum Erfolg kommen dürfe. Er gab den Urhebern des Putsches den Weg frei, um hierauf im Flugzeug einen fluchtartigen Rückzug nach Paris anzutreten.

Die politische Zerrissenheit des französischen Katholizismus und die versteinerten ideologischen Spannungen zwischen klerikal und antiklerikal in der französischen Politik kamen also selbst in der Todesstunde der Republik noch zum Ausdruck. Die Massen versammelten sich in den Abendstunden des 13. Mai, schrien „Nieder mit Pflimlin“ und erstürmten das Regierungsgebäude. Die Polizei hielt sie nicht auf, die Armee schloß sich ihnen an. Der Fallschirmjägergeneral Massu telegrafierte an Staatspräsident Coty: „Ich, General Massu, teile Ihnen die Bildung eines militärischen und zivilen Wohlfahrtsausschusses mit. Er fordert Bildung einer Regierung der nationalen Wohlfahrt in Paris.“ Damit hatte sich die bewaffnete Macht auf die Seite der überhitzten Straßendemonstranten gegen die legale Staatsmacht gestellt, fordernd in das politische Geschehen eingegriffen und das Gesetz des Handelns an sich gerissen.

14. Mai: Die demokratischen Parteien in Paris versuchten sich zu verteidigen. Um 3 Uhr morgens wurde Pierre Pflimlin als neuer Ministerpräsident investiert. Doch wurden sofort in seiner parlamentarischen Mehrheit die Risse sichtbar, die die ganze IV. Republik durchziehen und die in der Staatskrise das Gebäude zum Zerfall bringen mußten. Die Stimmenthaltung der Kommunisten, die wie eine eiserne Klammer die Stimme der Arbeiter im Nachkriegsfrankreich festhalten, allein ermöglichte Pflimlin eine sichere Mehrheit, während sich die Nein-Stimmen in den Fraktionen vermehrten, je weiter die Parteien, auch die sich demokratisch nennenden Gruppen, rechts stehen. Selbst in dieser Situation waren sich also die demokratischen Parteien in der Verteidigung der Demokratie gegen Rechts- und Linksextreme nicht einig, wie gerade das starke Absplittern der rechtsstehenden „unabhängigen“ Abgeordneten beweist, die viele katholische Wählerstimmen auf sich versammelten. Pflimlin konnte sich in seinem schweren Kampf gegen die Militärrevolte also nur auf eine unsichere Mehrheit von Abgeordneten, hinter denen keine starken Parteiorganisationen als Auffang- und Beeinflussungsorgane der Massen standen, und auf seine verfassungsmäßige Legalität stützen. Als einzige drohende Massenorganisation stand nur noch der kommunistisch gelenkte Gewerkschaftsbund in Reserve, dessen geglückter Streikeinsatz zur Verteidigung der Demokratie gegen den Militärputsch in Algerien unweigerlich zur Volksfront geführt hätte mit all ihren Folgen für die mögliche Machtergreifung durch die Kommunisten. Die Stimmenthaltung der Kommunisten und die Streikdrohung der Gewerkschaft CGT sollten diesen Weg öffnen, den Pflimlin nicht wollte. Die nächsten Tage verbrachte Pflimlin mit dem Abtasten seiner Möglichkeiten und stellte fest, daß ihm auch die Armee im Mutterland nicht ergeben war. Er mußte den Generalstabschef Paul Ely absetzen. Die rebellierenden Kreise in Algerien bauten inzwischen ihre Positionen weiter aus und riefen nach General de Gaulle als Regierungschef.

15. Mai: General de Gaulle erklärt: „Heute, bei den

großen Prüfungen, die unser Land bedrücken, möge es wissen, daß ich mich bereit halte, die Macht in der Republik zu übernehmen.“ Die Aufstandsbewegung in Algerien hatte damit ihre politische Stütze im Mutterland gefunden. Die Armee im Mutterland stand seit Jahren hinter de Gaulle. Somit hatte alles, was offen und geheim revoltierte, zwar kein politisches Programm, aber ein konkretes politisches Ziel: die Machtergreifung durch General de Gaulle. Sofort sahen auch die Abgeordneten der Rechten in de Gaulle den einzigen Schutz vor Volksfront und Kommunismus und gingen zu ihm über. Die Sympathien der öffentlichen Meinung, besonders bei der Polizei und den Staatsangestellten, für de Gaulle waren ebenfalls groß. Die Mystik des großen Mannes als Retter in der Not erwies sich als wirksamer als das Vertrauen in politische Institutionen und Parteien, die in den Augen des Volkes jahrelang versagt hatten. Pflimlins Aufgabe, seinem Amtseid getreu die Verfassung der IV. Republik zu wahren, wurde durch dieses Eingreifen de Gaulles ungeheuer erschwert. Noch gab er jedoch den Kampf nicht auf und versuchte, durch eine Verfassungsreform die Mängel zu beseitigen, die zur Staatskrise geführt hatten.

24. Mai: Bildung eines Wohlfahrtsausschusses auf Korsika, die von Algerien aus vorbereitet war. Der Präfekt wurde verjagt, die Verwaltung blieb im Amt und stellte sich den neuen Machthabern zur Verfügung. Die Polizei leistete keinen Widerstand, die vom Mutterland gesandten Polizeiverstärkungen ließen sich widerstandslos entwaffnen. Das war das Alarmzeichen für das Übergreifen der Rebellion auf das Mutterland und dafür, daß Verwaltung und Polizei der Regierung nicht mehr gehorchten.

Zwar gab es noch ein paar Aufrufe zur Verteidigung der Republik von Politikern und Mittelparteien. Doch sie verhallten fast ungehört. Die demokratischen Parteien fanden kein Echo mehr. Die demokratische Mitte war zerstört. Immer stärker wurde der Ruf der rechtsstehenden Parlamentarier nach de Gaulle. Selbst aus der Partei Pflimlins, dem MRP, brachen die ersten Abgeordneten aus. Die Kommunisten versuchten nun auch ihre große Chance vorzubereiten: den Generalstreik der CGT. Versuchsaktionen am 26. und 27. Mai zeitigten jedoch ein jämmerliches Resultat: Nicht mehr als 5 bis 15 % der aufgerufenen Arbeiter beteiligten sich am Streik. Die Volksfront war von der Straße und vom Streik her nicht zu bilden. Die französische Arbeiterschaft ließ sich durch die Kommunisten in keinen politischen Streik treiben. Sie zeigte politische Müdigkeit.

27. Mai: Die letzte Regierung der IV. Republik unter Pierre Pflimlin erklärt ihren Rücktritt.

28. Mai: General de Gaulle proklamiert, er habe den notwendigen und gesetzmäßigen Prozeß zur Bildung einer republikanischen Regierung eingeleitet. Die Presse füllte sich mit Meldungen über geheimnisvoll nächtliche Treffen zwischen de Gaulle und den demokratischen Politikern. Der Weg für den General war zwar frei, aber er wollte, daß die Entmachtung des Parlaments durch das Parlament selbst geschehe, durch einen qualifizierten Mehrheitsbeschluß. Die Vorbereitungen dafür wurden in diesen nächtlichen Besprechungen getroffen, wobei „alle mit gezinkten Karten spielten“. Schließlich mußte der Präsident der Republik die Sache in die Hand nehmen und Parteiführer und Parlamentarier für die Stimmabgabe für de Gaulle und zum Verzicht auf ihre Macht bewegen,

während Paris dauernd unter der Drohung stand, daß die rebellierenden Fallschirmjäger aus Algerien absprangen und de Gaulle mit ihren Maschinenpistolen an die Macht brachten. Die Bemühungen des Präsidenten René Coty führten schließlich zum eingangs erwähnten Abstimmungsresultat am 1. Juni und zur scheinbar gewährten „Legalität“.

Die hier geschilderten Ereignisse lassen u. a. sichtbar werden: Die Verfassung war eine Fiktion. Die politischen Parteien waren den wirklichen Problemen weder auf parlamentarischer Ebene noch als integrierende Kraft der Volksmassen gewachsen. Andere Kräftegruppen, die sich in langen Jahren herausgebildet hatten, vor allem die Armee, haben sie überspielt und zerbrochen. Obwohl es in Frankreich einen „politischen Katholizismus“ gibt, bildete er, wie auch in der Staatskrise deutlich sichtbar wurde, keinen stabilisierenden Faktor demokratischen Lebens.

Die Verfassungsfiktion

Im Moment des Zusammenbruchs der demokratischen Verfassung der IV. Republik qualifizierte der erste politische Redakteur der Zeitung „Le Monde“, Jacques Fauvet, sie als „spitzfindig in ihren Einzelheiten und überanspruchsvoll in ihren Ambitionen“.

Die Verfassung war also kein geeignetes Instrument, um die widerstreitenden Kräfte innerhalb der französischen Gesellschaft zusammenzuführen und zu echtem politischem Handeln zu befähigen. Mit den überanspruchsvollen Ambitionen sind wohl die Prinzipien von 1789 gemeint, die in getreuem Nachdruck als pompöse Einleitung den Verfassungstext eröffnen. Streng nach den Prinzipien der Einen und Unteilbaren Republik und der absoluten Volkssouveränität wurde die Nationalversammlung mit ihren 627 Abgeordneten zum absoluten Souverän gemacht. Das Parlament war oberstes Verfassungsgericht, die Abhängigkeit der Exekutivgewalt vom Parlament war verfassungsrechtlich so stark verankert, daß es zu der bekannten Kaskade von Regierungstürzen kam. Das Prinzip der Gewaltenteilung war schon grundsätzlich nicht berücksichtigt.

Als die eigentliche Ursache dieser Konstruktion kann folgendes gelten: In den Debatten der Verfassungsgebenden Versammlung wurde mit der ganzen Leidenschaft, die Prinzipien bei französischen Advokaten provozieren können, um die Vorherrschaft des Parlaments als Ausdruck echter Volksherrschaft gestritten. Besonders die linken Parlamentarier, Kommunisten und Sozialisten, die über eine starke Mehrheit verfügten, waren in ihren Forderungen nach der „Souveränität des Volkes“ unnachgiebig, während das Volk selbst sich als so kritisch erwies, daß es bei der Volksabstimmung am 5. Mai 1946 den ersten Verfassungsentwurf wegen der fehlenden Gewaltenteilung und der Übermacht des Parlaments ablehnte. Ein zweiter, nur leicht modifizierter Entwurf wurde dann am 13. Oktober 1946 mit der Mehrheit von einer Million Stimmen bei 45 % Stimmenthaltungen angenommen. Sehr stark im Volk verankert war also die IV. Republik von Anfang an nicht. Und hinter den klingenden Argumenten für die Parlamentsherrschaft standen ganz andere politische Absichten. Die Linke, vor allem die Kommunisten, zielte darauf ab, über das allmächtige Parlament, in dem sie über eine starke Mehrheit verfügten, das Land zu erobern. Der Kampf der Parteien um die Macht im Land auf dem Weg über das Parlament stand also am Anfang

der Wirklichkeit, während das Prinzip der durch das Parlament ausgeübten Volkssouveränität die Fiktion erzeugen sollte, daß die souveränen Abgeordneten den Allgemeinwillen darstellten oder zumindest auf Grund eines Mehrheitswillens ihm gemäß handelten. Bei der ungeheuren Zerrissenheit der französischen Parteien verlor sich die gesamte politische Energie der Nationalversammlung jedoch in permanenten Fehden und einem genau kodifizierbaren System von Tabus, Schlagworten und Vorurteilen, mit denen diese Fehden ausgetragen wurden, die weit entfernt von allen wirklichen Problemen der französischen Politik lagen. Das rein mechanistische Kräftespiel der notwendigen Parlamentsmehrheiten wirkte sich in den drei Legislaturperioden der IV. Republik so aus, daß immer etwas mehr als ein Drittel der Stimmen durch die Kommunisten als linkstotalitäre Partei und durch eine sich wandelnde totalitäre Rechte blockiert waren, während die demokratischen Parteien der Mitte sich über gar nichts einig und doch dazu verdammt waren, in immer wechselnden Kombinationen gegeneinander zu kämpfen und miteinander zu regieren. Die meisten Gesetze und Maßnahmen des Parlamentes waren daher Wortkompromisse und hätten sofort zum Chaos geführt, wenn nicht eine gut eingespielte Verwaltung das nicht regierte Frankreich verwaltet hätte.

Was geleistet wurde, geschah außerhalb des Parlamentes. So haben z. B. die Leiter der staatlichen „Plankommission“, die die erstaunliche Wirtschaftsexpansion Frankreichs entscheidend bewerkstelligten, es zur unabdingbaren Bedingung ihrer Arbeit gemacht, außerhalb jeder Parlamentskontrolle zu arbeiten. Die ideologischen Kämpfe und das unverständliche Zeremoniell des parlamentarischen Lebens hatten also zwei Folgen, die in der Staatskrise zum Ende dieses parlamentarischen Systems führen mußten: Die politischen Kräftegruppen bauten sich außerhalb und gegen die Parteien auf, die sich im Parlament verbrauchten. Das Volk verlor das Interesse an der Politik und fand kein Verhältnis zu seiner Demokratie.

Die politischen Kräftegruppen

Es kann hier nicht auf die weitverzweigten und sehr wirksamen wirtschaftlichen „pressure groups“, die das Wirtschaftsleben Frankreichs unter der IV. Republik weitgehend beherrschten und die Kartellsklerose, die überhöhte Produktionskosten und die schleichende Inflation verursachten, eingegangen werden. Es steht jedoch fest, daß es keine integrierende politische Kraft gab, die den Partikularinteressen mit Erfolg eine politische Gesamtkonzeption hätte entgegensetzen können. Die wichtigste Druckgruppe wurde die Armee im Zusammenspiel mit der Kolonialverwaltung. Schon 1953 hatte Robert Schuman eine Bankrotterklärung der Regierung veröffentlicht: „Die Generalresidenten in unseren Überseegebieten interpretieren die Weisungen aus Paris und bestimmen, wie sie ausgeführt werden... Man übersieht oft, daß wir in Paris sowohl die Situation als auch die Männer, die uns repräsentieren, nur beschränkt in der Hand haben“ (La Nef, März 1953). In diesen von fast selbständigen Prokonsuln regierten Provinzen, die der Parlamentsherrschaft nur Verachtung zollten, stand seit 1946 die Armee in einem dauerndem harten Kampf gegen die rebellierenden ehemaligen Kolonialvölker und verlor Bastion nach Bastion: Indochina, Marokko, Tunesien. Selbstverständlich mußte sie gefördert werden, doch ge-

schah das ihrer Ansicht nach nicht tatkräftig genug, um sie zum Sieg zu befähigen. Politische Lösungen der anfallenden Probleme scheiterten an der Unfähigkeit des Parlamentes. So blieben nur dauernde Niederlagen, die das Offizierskorps gegen die politische Führung verbitterten. Die ganze Gefährlichkeit des politischen Denkens, das sich bei den politisch aktivsten Köpfen, den Fallschirmjägerobersten, herausbildete, sowie die Gefahr der Übermacht der Armee in der gegenwärtigen Machtstruktur Frankreichs bestehen darin, daß sich die Verbitterung gegen die entartete Demokratie auf die Demokratie als Staatsform selbst überträgt. Hier und da vorhandene faschistische Gedankengänge — etwa bei einigen der Obersten — haben in Wirklichkeit kaum Aussicht auf Erfolg. Das Fehlen jeder politischen Führung und jedes verbindenden Ordnungsbildes hat also konzeptionslose Machtgruppen wie die Armee in den Vordergrund gebracht. Ob es nun gelingt, bei der politischen Müdigkeit des Volkes und während der zeitlich begrenzten Diktatur de Gaulles durch die Neubildung politischer Parteien Instrumente zu schaffen, die als integrierende Kräfte in der Massengesellschaft wirken, bleibt sehr fraglich. Denn alle Ideologien und echte Konzeptionen haben sich in der IV. Republik abgenutzt. Unter dem Gesichtspunkt der Abnutzung läßt sich die Geschichte jeder Partei und jeder politischen Konzeption im Nachkriegsfrankreich schreiben.

Die christliche Demokratie

Einige der dargestellten Ereignisse während der Staatskrise zeigten schon, daß es in Frankreich den Katholizismus als politischen Faktor gibt, ohne daß er sich jedoch eine wirksame Organisationsform wie in Deutschland hätte schaffen können. Nach dem Krieg versuchte er zunächst in der Form der christlichen Demokratie wirksam zu werden. Dieser Vorgang läßt sich nur bei Kenntnis von drei Voraussetzungen verstehen:

1. Der französische Katholizismus betrachtete sich in seiner Mehrheit seit der Großen Revolution als Feind der betont laizistischen und antiklerikalen Republik und wurde sehr bewußt während der III. Republik von den herrschenden Kräften in eine Art innerer Emigration getrieben, in deren Luftleere sich das politische Gedankengut der „Action Française“ entwickelte, das vom katholischen Bürgertum mehr oder weniger aufgenommen wurde. Nur eine kleine und mutige intellektuelle Minderheit suchte in der Vorkriegszeit den Weg zur bestehenden republikanisch-demokratischen Ordnung und versuchte sie mit dem Gedankengut der christlichen Demokratie zu durchsetzen. Es sei hier an die Entwicklungslinie von Marc Sangniers „Sillon“ bis zu Georges Bidaults „Aube“ erinnert. Heute noch wirkt sich dieses Fehlen einer mehrheitlich anerkannten grundsatzpolitischen Tradition des französischen Katholizismus aus.

2. Die katholischen Verbände und Organisationen, die durch die Masse ihrer Anhänger in anderen Ländern den christlichen Parteien das nötige Stimmengewicht verleihen, haben in Frankreich eine andere Struktur: Sie sind keine Massenorganisationen und finden nur mit großer Skepsis und starken inneren Widerständen den Weg zur Politik, während der französische Katholizismus in der theoretischen Durchleuchtung sozialpolitischer Probleme und in der Apostolatsarbeit Hervorragendes aufzuweisen hat. Es gibt somit keine Kristallisationspunkte konkreten politischen Wollens und keine wirksamen, weil

geschlossen wirkenden Vertreter eines politischen Ordnungsbildes.

3. Der französische Klerus und Episkopat hat im politischen Bereich nicht die erwünschte Resonanz. Stellungnahmen des Klerus, sogar konkrete moraltheologische Überlegungen zu anliegenden Fragen der Tagespolitik laufen Gefahr, bei katholischen Laien eine Revolte gegen diesen Eingriff in ihre Freiheit bei Ermessensfragen auszulösen. Bei diesem psychologischen Klima konnte der Episkopat in der Dauerkrise der IV. Republik gar nichts anderes tun, als zu den letzten Parlamentswahlen vom 2. Januar 1956 durch sein Sekretariat folgende „Erklärung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs“ herauszugeben:

„Bei Herannahen der Wahlen erinnert die Versammlung an den Kanon 139 § 4 des CIC, der die Kandidatur von Geistlichen bei legislativen Wahlen betrifft. Um außerdem die Unabhängigkeit der Kirche zu bekräftigen und um sie aus den politischen Kämpfen herauszuhalten, erinnert die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs daran, daß die Wahlkandidaten sich weder unter dem Etikett ‚katholisch‘ präsentieren noch sich auf ihre Eigenschaft als Mitglieder einer katholischen Organisation berufen dürfen“ (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 165). Nicht einmal an die Wahlpflicht wurde in dieser Erklärung erinnert.

Diese politische Zurückhaltung hat einen scharf geprägten historischen Hintergrund und ist die Folge harter politischer Auseinandersetzungen seit der Großen Revolution. Im ganzen 19. Jahrhundert mußte die französische Kirche ihre zerschlagene Organisation wiederaufbauen und hoffte dabei immer wieder, mit Hilfe der wechselnden politischen Machtgruppierungen ihre frühere Stellung zurückzugewinnen. Diese Versuche brachten jedoch nur Mißerfolg auf Mißerfolg bis zum völligen Sieg der laizistisch-republikanischen Kräfte im Jahre 1879, da sich der französische Katholizismus den neuen soziologischen Gegebenheiten des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens nicht anzupassen verstand, sondern sich immer kurzlebigen restaurativen Kräftegruppen verschrieb. Während der mit den schärfsten politischen Mitteln geführten Kämpfe sowohl innerhalb des Katholizismus selbst als auch mit seinen Gegnern versiegten die geistigen Kräfte, so daß die Führung im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich klar an die laizistischen Kräfte überging. Die Massen verloren ihre Bindung an die Kirche. Erst seit Charles Péguy wurde die kulturelle Isolierung Anfang des Jahrhunderts wieder überwunden. Die Tatsache der Entchristlichung blieb lange verschleiert, und erst Abbé Godins mutig-offener Alarmruf „Ist Frankreich Missionsland?“ aus dem Jahre 1943 brachte in die Gründung der IV. Republik hinein die große Selbstbesinnung, die dann die Gegenbewegung der politischen Abstinenz auslöste.

Diese Situation schonungsloser Selbstbesinnung war sicher eine der Ursachen der vielbeachteten geistlichen Erneuerungsbewegung. Aber ihr Nachteil darf auch nicht übersehen werden: Der Katholizismus fiel als geistige Kraft aus, um die neue französische Demokratie lebensfähig, dynamisch und ausgeglichen zu gestalten. Der vielzitierte Grundsatz einer „freien Kirche in einer freien Gesellschaft“ wäre richtig, wenn ein mit einem erstarrten katholisch-laizistischen Kulturkampf belastetes Land seine freie Gesellschaftsstruktur ohne den konkreten politischen Ein-

satz der geistigen Kräfte des Katholizismus wahren könnte. Ein solcher Einsatz gelang in Frankreich nicht, obgleich es hoffnungsvolle Ansätze gegeben hatte.

Das Mouvement Républicain Populaire (MRP)

1941 war Gilbert Dru, ein junger Student aus Lyon in die Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus gegangen. In einem Manifest: „Jugend sieht auf die Politik“, schrieb er: „Morgen wird es eine neue politische Konzeption geben, die christliche Demokratie, auf der die unerläßliche geistige und strukturelle Revolution Frankreichs gründen wird... Wir wollen etwas Neues, Gesundes, Sauberes und Nützliches tun, den Katholizismus mit der Republik versöhnen.“ Dru wurde erschossen, aber eine große Zahl junger Menschen, fast alle aus der Katholischen Aktion kommend, folgten seinem Aufruf, und das „Mouvement Républicain Populaire“ wurde gegründet. Sie kamen mit gutem Willen, aber ohne politische Erfahrung und ohne wirtschaftliche Kenntnisse.

Nach der Befreiung Frankreichs wurde das MRP zur stärksten Partei und erreichte im Juni 1946 mit 5,6 Millionen die höchste Zahl von Stimmen, die je für eine Partei in Frankreich abgegeben wurden. Doch fehlten aus den oben angegebenen Gründen die dahinter stehenden geistigen Integrationskräfte, die diese Einheit hätten gestalten und erhalten und dadurch die französische Demokratie lebenskräftig machen können. Zu jenem Zeitpunkt sahen zwar auch die durch die „Action Française“ geformten Katholiken im MRP den einzigen Schutzschild gegen die starke marxistische Linke, warteten jedoch nur auf die Gelegenheit, um sich von dieser „Linkspartei“, wie sie das MRP nannten, wieder zu lösen und erneut die Politik machen zu können, deren Töne im oben zitierten Manifest der „patriotischen Katholiken“ Algeriens anklangen. Als die Gefahr einer Machtergreifung durch die Kommunisten gebannt war und General de Gaulle im November 1947 seine „Sammlungsbewegung des französischen Volkes“ gegründet hatte, begann der Abbröckelungsprozeß.

Geistig hatte die Zersetzung schon früher begonnen. Die Vorkriegsführer der Katholischen Aktion hatten im MRP ihre politische Heimat gefunden. Die neue Führungsgeneration der Katholischen Aktion, vor allem die katholische Jugend, glaubte unter allen Umständen ihr eigenes Profil entdecken und die selbstverständlich notwendige Unterscheidung von geistlichem und weltlichem Bereich zum Trennungsdogma erheben zu müssen. Sie hielten es für christlich fundierter und klüger, sich der konkreten politischen Mitarbeit in *einer* Partei zu enthalten. Sehr häufig lief das jedoch auf einen völligen politischen Absentismus hinaus. Klerus und Episkopat mußten bei der unerhörten Empfindlichkeit der Laien diesem Rückzug aus der Politik folgen. Die politische Kraft der christlichen Demokratie war innerlich gebrochen, weil die Notwendigkeit einer (natürlich nicht monolithisch verstandenen) Einheit der Katholiken immer wieder grundsätzlich erbittert bestritten wurde.

Christliche Demokraten und Sozialisten

Die schwierigste Aufgabe, die Katholiken an die Republik heranzuführen, wurde dem MRP von den andern demokratischen Kräften, vor allem den Sozialisten auch fast unmöglich gemacht. In seiner Versöhnungspolitik mußte das MRP schon sehr früh sein erstes Scheitern erleben. Noch als deutsche Truppen auf französischem Boden

standen, wollte man die große Versöhnungsgeste mit den Sozialisten durch das Ausräumen der leidigen Schulfrage durchführen. Im September 1944 legte François Moch dem ersten Parteikongreß der Sozialisten folgende Resolution vor: „Viele Sozialisten wissen vom gemeinsamen Widerstand her, daß man ein gläubiger Christ und gleichzeitig ein guter Republikaner sein kann. Sie hoffen, daß aus der Kameradschaft im Kampf gegen den Eindringling eine Republik hervorgehen wird, die die soziale Gerechtigkeit auf ihre Fahne schreibt . . ., in der niemand die Gewissensfreiheit seines Nachbarn anzutasten strebt.“

Die Resolution wurde vom Vorstand und Plenum angenommen. Doch gab Moch gleichzeitig einen noch geheimzuhaltenden Beschluß der provisorischen Regierung bekannt, die traditionelle laizistische Gesetzgebung der Republik abzuändern und den katholischen Schulen Staatszuschüsse einzuräumen. Dadurch durchkreuzte er die taktische Absicht der Regierung, erst nach der grundsätzlichen Aussöhnung die heißumstrittene Frage der Schulfreiheit und des Elternrechtes anzupacken. Sofort führte ein Delegierter aus, daß „eine solche Änderung gegen den republikanischen Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche verstößt und daß die Verstaatlichung der Erziehung eine notwendige Voraussetzung der republikanischen Einheit darstellt“.

Seine Ausführungen wurden mit frenetischem Beifall aufgenommen. Die Chance der Versöhnung zwischen den beiden einzigen demokratischen Parteien mit einem politischen Programm war vertan. Der Schulkonflikt, die endlosen Kämpfe um die „lex Barrangé“ (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 9 und 152) sollten die ganze Atmosphäre der IV. Republik vergiften und einer ihrer Todeskeime werden. Noch in den Tagen der Staatskrise, am 27. Mai, hatte eine der wichtigsten sozialistischen Filialen, der Kongreß der Elternbeiräte, nichts anderes zu tun, als der noch amtierenden Regierung Pflimlin folgende Resolution zu schicken: „Wir betonen unsere unverbrüchliche Treue zur Republik, die Frankreich das großartige Gesetzeswerk der Einheit geschenkt hat durch die Errichtung der laizistischen Schule, und proklamieren unseren entschlossenen Willen, die Unvergänglichkeit der laizistischen, demokratischen und sozialen französischen Republik zu gewährleisten.“

Die Rückentwicklung zum traditionellen Rechtskatholizismus

Diese jahrelangen ideologischen Kämpfe gaben natürlich dem „Rechtskatholizismus“, der nicht nur durch Gedanken der „Action Française“ geformt war, sondern sich auch zumeist im wirtschaftlich verkalkten Mittelstand findet, die erwünschte Gelegenheit, sich von einer Partei mit gesamtpolitischer Zielsetzung zu lösen, weil eine Versöhnung mit dieser „linken Republik“ eben nicht möglich sei. Er wandte sich Gruppen und Abgeordneten zu, die sich vor allem seinen wirtschaftlichen Privatwünschen gefügiger zeigten: den „Unabhängigen“. Schon bei den Parlamentswahlen des 17. Juni 1951 war das MRP auf 12,8 % der abgegebenen Stimmen abgesunken. Ein gewisser Teil dieser Stimmen wurde damals noch von der gaullistischen Woge aufgefangen. Am 2. Januar 1956 fielen sie fast völlig den Unabhängigen und teilweise sogar den faschistischen Poujadisten zu, während das MRP nur noch 10,6% erhielt (vgl. Informations Catholiques Internationales, Nr. 17, 1956). Der politische Linkskatholizismus

verursachte zwar manche intellektuelle Erregung und verbrauchte viel Druckerschwärze, hatte jedoch auf die katholischen Wähler kaum Auswirkungen.

Diese „unabhängigen“ Abgeordneten verteidigten zwar die Subventionen an die katholischen Schulen, hatten jedoch als einzigen politischen Rückhalt und als politische Konzeption nur die Verteidigung gewisser Partikularinteressen (Bauern, Kleinhändler, Kleinunternehmer, Schnapsbrenner oder gewisse Zweige der mittleren Industrie). Da es dem katholischen Bürgertum an allgemeinpolitischer Bildung fehlt, war ihm die Verteidigung seiner wohlverwobenen, veralteten und sklerosierten Wirtschaftspositionen durch diese Abgeordneten gegen jede volkswirtschaftliche Anstrengung sehr willkommen. Die Subvention an die freie Schule hatte ja das Gewissen beruhigt. Gerade durch das geschickte Spiel der Interessenverbände mit diesen katholisch abgestützten Abgeordneten zusammen mit den laizistisch abgestützten Radikalsocialisten gelang es, den Staat in den Dienst von Gruppeninteressen zu stellen. Das ist das Ende jeder Demokratie.

Eine gesunde Wirtschaftspolitik ließ sich nicht mehr durchführen. Die Lösung der echten politischen Probleme trat hinter den Auftrag der Interessentenverbände zurück. Und vom Indochinakrieg bis zum Algerienkrieg haben mächtige, anonym organisierte Gruppen-, Geschäfts- und Verdienstinteressen jede rasche und vernünftige Lösung im Parlament durch ein paar „kostbare“ Abgeordnetenstimmen von Anfang an verhindert. Wichtig ist dabei noch, daß die Verantwortung für dieses Tun unsichtbar blieb. Gerade das französische Parlament bot ausgezeichnete Verschleierungsmöglichkeiten durch sein kompliziertes Zeremoniell. Als dann in der Staatskrise im Mai nichts mehr mit den traditionellen Methoden der IV. Republik zu lösen war, wollten zuerst die Hauptverantwortlichen für diese Lage, die partei- und konzeptionslosen „Unabhängigen“, nicht für die Folgen ihrer Taten einstehen; sie riefen als erste nach dem Retter de Gaulle, zogen sich aus der Regierung Pflimlin zurück und entzogen ihr die parlamentarische Unterstützung. Der „providentielle Führer“ kam und nahm ihnen die Verantwortung ab. Und nun muß er suchen, wie er sein skeptisches und uninteressiert gewordenes Volk politisch neu gliedern kann und wer die politische Willensbildung des Volkes durchführen soll.

Bidaults neues Konzept der christlichen Demokratie

Sein Freund Georges Bidault, ehemaliger Präsident des MRP, glaubt, daß hier eine neue Chance für die christliche Demokratie in Frankreich und für ihre Aufgabe in der Gemeinschaft der freien Völker liege. Am 15. Juni erließ er einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Der Blitz von Algier zerbrach eine politische Scheinwelt, von der man trotz ihrer legalen Ursprünge nur noch den fehlerhaften Ablauf, die immer wachsenden Mißbräuche und den immer offensichtlicheren Mangel an Stabilität und Autorität sah. Das Eingreifen General de Gaulles und seine doppelte Sorge, weder die Armee als Schild und Ehre der Nation zu desavouieren noch etwas für das öffentliche Wohl außerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung zu tun, erlaubte es in letzter Minute, den Staat, den Frieden und die republikanische Tradition zu retten.“

Um die Verteidigung und später die Fortsetzung dieses begonnenen Werkes zu gewährleisten, mögen sich alle

Männer, die ihm Erfolg und Dauer wünschen, zusammenfinden entsprechend ihrer Zusammengehörigkeit im Denken und in der Überlieferung, so daß es später eine freie Zusammenfassung homogener Kräfte innerhalb unserer Gesellschaft gibt, die für die nahe Zukunft eine Notwendigkeit darstellt. Zum Wohl der Nation und zur Rettung der Grundrechte braucht diese Bewegung die organische Mitwirkung aller geistigen und politischen Gruppen, die gewillt sind, den frivolen Streitereien und dem Mißbrauch der Parlamentsherrschaft ein Ende zu setzen. Deshalb wende ich mich heute an alle Menschen, die sich der tiefsten Tradition Frankreichs verpflichtet fühlen, seinem freiheitlichen Geist und seinem Willen zur sozialen Gerechtigkeit, der immer die besten Christen belebte, um eine christlich-demokratische Bewegung zu gründen, die niemand ausschließt, weder weil er sich jetzt, noch weil er sich früher geirrt hat; sondern das verwirklichen will, was schon früher meine Gedanken waren und was in anderen Ländern zur Wirklichkeit wurde.

Von den wesentlichen Aufgaben, von deren Gelingen das Überleben der Freien Welt abhängt, erfordern vor allem zwei die Existenz eines starken, festgefügt Frankreich: der Aufbau eines vereinten Europas, dem wir den Weg der Expansion und des Fortschrittes zu zeigen in der Lage sind, und die Verstärkung des atlantischen Bündnisses, in dem wir unsere Stimme besser zu Gehör bringen müssen, wie es die Billigkeit und die Opfer, die wir seit zehn Jahren aus freien Stücken zum gemeinsamen Wohl gebracht haben, verlangen.“

In einer Sitzung des Nationalkomitees des MRP am 16. Juni wurde diese Anregung Bidaults mit vielen Vorbehalten aufgegriffen. Ob das MRP aber überhaupt zu einer neuen Konzeption durchstoßen will, ist noch völlig ungeklärt. Wenn es jedoch gelänge, in Frankreich die Kräfte mit echtem politischem Gestaltungswillen zu erwecken, die sich an dem Ordnungsbild einer naturrechtlichen Demokratie unter Vermeidung aller Fehler der Vergangenheit ausrichten, wäre für die Freie Welt in ihrem geistigen Abwehrkampf gegen die totalitäre Ordnung ein großer Sieg errungen.

Der Telegrammwechsel zwischen de Gaulle und Papst Pius XII.

General de Gaulle selbst suchte für seine Übergangsordnung die Abstützung durch die Kirche und sandte wenige Tage nach seinem Regierungsantritt folgende Botschaft an Papst Pius XII.: „Heiliger Vater, mir wurde von neuem die Mission anvertraut, Frankreich in einer schwierigen Epoche seiner Geschichte zu führen. Bei der Übernahme dieser schweren Verantwortung wende ich mich in tiefer Hochachtung an Eure Heiligkeit. In aller Ehrfurcht bitte ich um Ihre geistige Unterstützung für mein Werk und um Ihren Segen für Frankreich.“

Papst Pius XII. ließ dem französischen Regierungschef folgende Antwort zugehen: „Tief bewegt über Ihre ehrerbietige Botschaft, lassen Wir Unsere Gebete zu Gott emporsteigen, daß er Ihnen bei Ihrer bedeutenden und schweren Aufgabe beistehe, und erleben für Ihr Land, das Uns so teuer ist, eine Zukunft des Friedens und Wohlstandes. Gern übermitteln Wir Unseren väterlichen Apostolischen Segen.“

Es ist zu hoffen, daß General de Gaulle weiß, daß ein Appell an Pius XII. auch die Anerkennung gewisser inhaltlicher Bindungen voraussetzt.

Kommunismus und Nationalismus in den arabischen Staaten

Die politischen Entwicklungen in den arabischen Staaten während der letzten Jahre, vor allem der sowjetische Einbruch in diesen Raum (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 241 f.), haben immer wieder die Frage stellen lassen, wie stark die kommunistischen Einflüsse in den arabischen Ländern sind und welche Aussichten der Kommunismus vor allem als Weltanschauung hat, sich in diesen Ländern zu verbreiten.

Die Fragestellung formuliert sich schließlich dahingehend, ob es in den arabischen Staaten eine genügend starke kommunistische Bewegung gibt, die auf legalem Wege oder auf dem Wege der Revolution an die Macht gelangen könnte, und falls dies nicht zutrifft, ob die kommunistische Bewegung in diesen Ländern stark genug ist, um die arabisch-nationalistische Bewegung ideologisch auszuhöheln und faktisch zu unterwandern. Die Frage wurde bisher sehr unterschiedlich beantwortet und von vielen bis noch vor kurzer Zeit verneint. Eine Antwort kann nur auf Grund einer sorgfältigen Bestandsaufnahme gegeben werden, und es wäre vor allem zu untersuchen, welche Kräfte heute in den arabischen Staaten dem Kommunismus entgegenwirken bzw. Vorschub leisten.

Das „Bollwerk des Islams“

Bis vor einigen Jahren noch sprach man von einem „Bollwerk des Islams“, das eine Ausbreitung des Kommunismus in den arabischen Staaten unmöglich mache. Diese These hat sich sehr bald als hinfällig erwiesen: Der Islam ist vor allem deshalb kein „Bollwerk“ mehr, weil die tragenden wie auch die treibenden Kräfte in den arabischen Staaten heute religiös mindestens indifferent sind. Jeder arabische Nationalismus wird zwar durch den Islam bestimmt, weil dieser allein die Geschichte und Kultur der Araber ausmacht, jeder politische Fortschritt aber greift an die Wurzeln des orthodoxen Islams, der in seiner Konstitution und seinen Institutionen um einige Jahrhunderte veraltet ist und dessen Vorschriften in einer modernen Gesellschaft kaum mehr durchführbar sind (religiöse Reformbewegungen, die hier Abhilfe schaffen könnten, haben sich bisher fast nirgends durchsetzen können).

Der Islam wäre somit nicht nur ein Bollwerk gegen den Kommunismus, sondern gegen jede politische Bewegung überhaupt, soweit sie nicht auf seinen Institutionen aufbaut (wie etwa der saudi-arabische Wahabismus, der eine islamische Reformbewegung ist, weil er zu den alten Formen des Islams in allen Lebensbereichen zurückkehren will; die Reformen des Wahabismus konnten jedoch nur in einer halbnomadisierenden Gesellschaft mit Erfolg durchgeführt werden).

Soweit die heute herrschende oder zur Herrschaft drängende Schicht der „Intelligenz“ bzw. der „Militärs“ sich als muslimisch ansieht, geschieht dies mit wesentlichen mentalen Ausklammerungen, vorwiegend im politischen und sozialen Bereich. Damit ist aber auch schon eine wesentliche Bresche in das sog. Bollwerk des Islams geschlagen.

Der arabische Nationalismus

Die treibenden politischen Kräfte in den arabischen Staaten bezeichnen sich heute als arabische Nationalisten, eine Bezeichnung, die für den Europäer eher irreführend ist,